Universitäts- und Hansestadt Greifswald 18.01.2012
Kulturamt

P r o t o k o l l

der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Universität und Kultur am 18. Januar 2012 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:30 Uhr

Anwesenheit

Frau Berger
Herr Burmeister
Frau Dr. Fassbinder
Frau Heinrich
Frau Leddin
Herr Multhauf
Herr Pegel
Frau Thonack
Frau Witt

Entschuldigt

Herr Jesse
Frau Kropidlowski

Verwaltung

Herr Dembski
Frau Hauswald
Frau Felkl
Frau Frieler
Herr Schult
Herr Sappelt
Herr Petschaelis
Herr Kiel
Frau Andrea Wehrstedt
Frau Schöpf
Frau Spiecker
Frau Joost
Herr Wille

Gäste

Herr Dr. Flieger, Universität Greifswald
Frau Hase, OZ
Herr Cymek

Tagesordnung:

1.	Sitzungseröffnung	
2.	Bestätigung der Tagesordnung	
3.	Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner	
4.	Fragen, Vorschläge und Anregungen des Stadtelternrates	
5.	Diskussion von Beschlussvorlagen	
5.1.	Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2012 ***Dez. I , Amt 20***	05/666
5.1.1.	Aufstocken Produkt 2610001 (Theaterhaus Greifswald) ***CDU-Fraktion***	05/734
5.1.2.	Inspizientenzentrale Theater Vorpommern ***CDU-Fraktion***	05/727
5.1.3.	Definieren von Maßnahmen – 28102 (Sozio-kulturelles Zentrum „St. Spiritus“) ***CDU-Fraktion***	05/719
5.1.4.	Definieren von Maßnahmen – 28101 (Förderung von Einrichtungen/ Kulturförderung) ***CDU-Fraktion***	05/718
5.1.5.	Unterstützung Selbstständigkeit der Schulen ***CDU-Fraktion***	05/730
5.1.6.	Weiterentwicklung des Systems der selbstständigen Schulen ***CDU-Fraktion***	05/712
5.1.7.	Anpassung der Deckungsvermerke an die Erfordernisse der selbstständigen Schule ***CDU-Fraktion***	05/714

5.2.	2. Änderungssatzung zur „Satzung und Gebührentarif der Stadtbibliothek Hans Fallada“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ***Dez. III, Amt 41***	05/709
6.	Information der Verwaltung	
7.	Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder	
8.	Informationen des Ausschussvorsitzenden	
9.	Bestätigung des Protokolls vom 23.11.2011	
10.	Schluss der Sitzung	

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Herr Pegel eröffnet die Sitzung um 18.00 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Pegel schlägt vor, die Beschlussvorlage zur *2. Änderungssatzung zur „Satzung und Gebührentarif der Stadtbibliothek Hans Fallada“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald* vor der Haushaltsdiskussion abzuhandeln.
Herr Multhauf bittet darum, die Protokollkontrolle vorzuziehen und Beschlüsse mit gewisser Regelmäßigkeit zu kontrollieren.
Es wird vorgeschlagen, die Protokollkontrolle als TOP 4a und eine Beschlusskontrolle unter TOP 4b abzuhandeln.

Abstimmungsergebnis 9/0/0

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr Dr. Flieger gibt bekannt, dass sich der Runde Tisch zur Studentischen Kultur erstmalig am 20. Januar um 10.00 Uhr treffen wird.
Vor diesem Hintergrund weist Herr Multhauf darauf hin, dass man ohnehin mehr eine beständige Kooperation zwischen der Universität und der UHGW im Blick behalten sollte.

Zu TOP: 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen des Stadtelternrates

Keine, da die Vertreter des Stadtelternrates nicht anwesend sind.

Zu TOP: 4a. *Bestätigung des Protokolls vom 23. 11.2011*

Herr Multhauf bittet im Protokoll, (Seite 4, 3. Absatz von TOP 4) das Wort „Notwendigkeit“ zu ergänzen. > „Vor diesem Zusammenhang weist Herr Multhauf auf die **Notwendigkeit** einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen der UHGW und der EMAU hin.“
Nach seinem Ermessen müssten im Übrigen Gäste des BiKA sich nicht entschuldigen, wenn sie die Sitzung verlassen. Da sie keinen Ausschussmitglieder sind.
Herr Multhauf bemerkt weiterhin, dass Stralsund nicht, wie im Protokoll auf Seite 9 festgehalten, kameralistisch arbeitet.

Frau Berger bemerkt zu ihrer Äußerung in TOP 6.3., auf Seite 8, letzter Absatz, dass ihre Äußerung falsch zitiert worden sei. Sie habe stattdessen gefragt, „ob möglicherweise Gebührensteigerungen mit einem Zuschuss verhindert werden können.“

Abstimmungsergebnis: 7/0/2

Zu TOP: 4b. *Beschlusskontrolle*

Herr Multhauf fragt, ob die Unwägbarkeiten hinsichtlich der Aufgabenrückholung bei den Schulen geklärt worden sind.
Herr Pegel schlägt vor, dass die Antworten dazu in den Informationen der Verwaltung aufgegriffen werden sollen und dann dazu Stellung genommen werden kann.

Zu TOP: 5. *Diskussion von Beschlussvorlagen*

Wie in der Abstimmung zur Tagesordnung geklärt, wird TOP 5.2. vorgezogen.

Zu TOP: 5.2. *2. Änderungssatzung zur „Satzung und Gebührentarif der Stadtbibliothek Hans Fallada“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*

Die Änderungssatzung wird durch Frau Spiecker eingebracht. Das Anliegen der Einrichtung sei es, mit Augenmaß die Einnahmesituation der Bibliothek zu verbessern. Greifswald stellt MV-weit insoweit eine Ausnahme dar, als dass in der hiesigen Bibliothek Jugendliche bis 16 Jahre die Bibliothek kostenfrei nutzen können. In der Rostocker Bibliothek wird zwar keine Jahresgebühr erhoben, allerdings wird dafür dann in anderen Bereichen ein nicht unerhebliches Entgelt erhoben. Mit der Anhebung der Gebühren für die Vorbestellungen liegt Greifswald nun landesweit im Durchschnitt.

Frau Leddin meint, dass die neue Jahresgebühr auf das ganze Jahr bezogen absolut in Ordnung sei. Man sollte bei dem Angebot, das die Stadtbibliothek vorhält, unbedingt bedenken, dass viele Schulen die Bibliothek kostenfrei nutzen. Hier werden seitens der Bibliothek enorme Leistungen zur Verfügung gestellt.
Herr Multhauf fragt nach den KGSt-Tarifen und ob diese als Maßstab genutzt werden können. Frau Spiecker betont, dass es sich um die Osttarife handelt.
Des Weiteren fragt Herr Multhauf nach Ermäßigungen für finanziell schlechter gestellte Menschen, bspw. aus Schönwalde. Frau Spiecker verweist, dass es bereits seit langem Ermäßigungen für KUS-Inhaber gibt, und dass dies auch weiterhin beibehalten wird.
Fernerhin betont Frau Spiecker noch einmal nachdrücklich, dass, wenn die Gebühren sich erhöhen, die Leistung der Bibliothek sich nicht verschlechtern darf.
Herr Dembski betont vor diesem Hintergrund, dass sich die Angebote der Bibliothek verbessert haben. Der Bibliotheksverbund, in dem sich die Stadtbibliothek befindet, ist um eine weitere Bibliothek erweitert worden, so dass das Angebot an EMedien ausgebaut werden konnte.

Abstimmungsergebnis: 8/0/1

18.25 Uhr
Herr Wille kommt

18.30 Uhr
Herr Kiel kommt

Zu TOP: 5.1. *Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2012*

Herr Wille bemerkt, dass die Haushaltpläne bereits am 07.11.2011 in die Bürgerschaft eingebracht wurden Des Weiteren weist er darauf hin, dass eine Bemerkung bei den besonderen Bewirtschaftungsregelungen in THH 9 Nr. 3 gestrichen werden soll. Dies lässt sich so nicht realisieren, auch wenn man einen Anreiz schaffen möchte, dass mehr Einnahmen erzielt werden. Herr Wille erwähnt, dass es 11 Teilhaushalte gibt.
Herr Petschaelis nimmt Stellung zum Haushalt des Schulverwaltungsamtes. Eine gravierende Änderung in diesem Jahr sei, dass die berufliche Schule an den Landkreis übergegangen ist. Die Kosten und Finanzen haben sich – im Vergleich zum Vorjahr – nicht verändert. Investitionen, die in diesem Jahr geplant sind, sind 53.000 Euro für den Werkraum der Caspar-David-Friedrich-Schule – eine Maßnahme, die bereits seit langem vorgesehen war.
Herr Burmeister fragt nach den Teilhaushalten, die für die Schulen gebildet worden sind, die an den Landkreis übergegangen sind. Er fragt, ob der Haushalt nach den Kostenansätzen aufgestellt worden ist, um dann einen Vergleich zu haben wie der Landkreis das handhabt. Denn dieser habe die Kosten noch nicht definiert. Die Frage, die sich ihm

stellt, ist, ob der Kreis mit den Haushaltsansätzen mitgeht.
Herr Dembski bemerkt, dass sich der Kreis gewunden habe, die Kosten zu ersetzen. Zurzeit sei nur klar, dass sie alle die Aufwendungen ersetzen würden, die die Stadt momentan hat. Die Haushaltsführung ist noch nicht klar.
Herr Burmeister fragt weiter, ob die EDV-Mittel im Gesamtteil des Schulverwaltungsamtes geplant worden seien. Das sei besonders wichtig, wenn die Schulen bei der Stadt verbleiben sollen.
Herr Wille äußert hierzu, dass es keine Abstimmungen zu den Investitionsauszahlungen gegeben habe. Die laufenden Kosten, die erforderlich sind, seien unproblematisch. Beim Landkreis wird abgerechnet, was direkt angefallen ist.
Herr Burmeister bemerkt, dass die Schulen in der Luft hängen. Es geht ja nicht um Reparaturmaßnahmen. Herr Dembski und Herr Wille bemerken hierzu, dass dies mit dem Landkreis verhandelt werden muss. Herr Wille äußert, dass das, was ersetzt/ bezahlt werden muss, vertraglich abgesetzt wurde.
Frau Leddin und Herr Burmeister betonen, dass es ihnen auch um das Medienentwicklungskonzept ginge. Hier bemerkt Herr Dembski, dass die Verhandlungen mit dem Kreis rasch zum Abschluss gebracht werden sollen.
Frau Heinrich fragt mit Blick auf die EDV-Investitionen, ob dieser Aspekt ebenso ein Investitionsstau sein bzw. werden könnte wie es derzeit bei der Fischerschule der Fall sei.
Herr Dembski bemerkt, dass wenn die Schulträgerschaft an die Stadt zurück übertragen wird, der Haushalt geändert werden müsse. Investitionen dürften nur veranschlagt werden, wenn eine entsprechende Planungstiefe vorläge.
Herr Wille bemerkt, dass 218.000 Euro für Anschaffungen von Gegenständen unterhalb der Wertgrenze bereitstünden.
Herr Multhauf bemerkt, dass die Gelder für jene Schulen, die bei der Stadt verbleiben sollen, Eingang in den Haushalt finden müssen. Dafür müsse ein Antrag gestellt werden. Der schreckliche Schwebezustand müsse beseitigt werden.
Der wichtigste Raum der Fischerschule ist nicht benutzbar. Es wurde scheinbar noch nichts veranlasst, weil es an den Landkreis übergeht.
Herr Pegel schlägt vor, dass diesbezüglich ein Änderungsantrag erarbeitet wird, welcher durch die Fraktion die LINKE eingereicht werden soll.
Herr Burmeister fragt, ob die Kosten für den Bundesfreiwilligendienst in den Haushalt aufgenommen worden sind, wie es Frau Demuth seinerzeit bemerkt habe. Herr Pegel bittet darum, dass diese Kosten im Haushalt berücksichtigt werden mögen, auch wenn es zunächst nur 3 Stellen sind. Man möge zumindest die Gelegenheit haben, es auszuprobieren.
Herr Wille bemerkt hierzu, dass aufgrund des defizitären Haushalts man keine Veranlassung sah, diese Kosten, die sich auf 5.000,- Euro pro Stelle und Jahr belaufen, in die Haushaltsplanung mit aufzunehmen.
Frau Leddin bemerkt, dass sich an den Schulen zunehmend eine neue Situation mit neuen Aufgaben und neuen Standards ergibt, die fiskalisch

gedeckt werden müssen. Mit den BuFDi-Stellen können die derzeitigen Probleme gelindert werden.
Herr Pegel bemerkt zu der Äußerung von Herrn Wille, dass die Diskussion in die Bürgerschaft gegeben werden soll. Er sei diskussionsbereit. Man solle schauen und diskutieren und dann eruieren, ob es genügend Interessenten dafür gebe.
Herr Wille meint, dass die Betreuung der Ganztagsschule nicht die Aufgabe des Trägers sei. Die Kommune sei nur für die Gebäude und die Hausmeister zuständig, alles andere sei die Aufgabe des Landes.
Frau Leddin meint hierzu, dass die Pflichtaufgaben von Ganztagsschulen einfach noch einmal inhaltlich diskutiert werden müssten. Denn es gebe viele Grenzbereiche und viele Aufgaben, die vielen gar nicht so deutlich seien.
Herr Pegel bemerkt hierzu, dass man sich noch einmal separat dazu austauschen müsse.
Ferner bemerkt Herr Pegel, dass die Provisorien auf den Schulhöfen der Weinert-Schule und des Humboldt-Gymnasiums bald behoben werden sollten. Die Ursachen, die das Abwasser und die Feuchte zur Folge haben, müssen zeitnah behoben werden. Er fragt, ob dafür Geld eingeplant worden ist.
Herr Wille bemerkt, dass im Haushalt 2012, Bd. 1, S. 59 vermerkt ist, dass die Außenanlagen der Weinert-Schule eingestellt sind. Dabei wird es sich sicher um den Schulhof handeln. Für das Jahr 2013 sind 80.000 Euro über Städtebaufördermittel eingeplant. Herr Pegel bemerkt, dass hoffentlich auch die Planungsleistungen über die Städtebaumittel realisierbar sind. Herr Burmeister fragt, ob überhaupt damit zu rechnen ist, dass die Kommune Städtebaufördermittel erhalten wird. Daraufhin entgegnet Herr Wille, dass Herr Hauck diesen Vorgang plant. Hier müsste nachgefragt werden, ob das Geld tatsächlich für den Schulhof gedacht ist. (siehe Anlage – Antwort von Herrn Hauck)
Frau Dr. Fassbinder fragt nach dem Sportplatz der Kollwitzschule. Sind die Planungsleistungen von 50.000 Euro eingeplant worden? Die Fraktion der Grünen bittet darum, dass man sich der Sache annimmt.

Zu TOP: 5.1.1. *Aufstocken Produkt 2610001 (Theaterhaus Greifswald)*

Frau Thonack bringt die Tischvorlagen ein und beginnt zunächst mit der Tischvorlage „Unterstützung der Selbständigkeit von Schulen“ (TOP. 5.1.5.)
Frau Leddin fragt, wie der Absatz 2 in der Beschlussvorlage gemeint sei. Herr Pegel äußert dazu, dass es um die Stärkung der Schulen ginge.
Herr Burmeister bemerkt, dass Jahr für Jahr die Kosten steigen. Bestimmte Kostenstellen müssten daher sukzessive erhöht werden. 10 Euro wären ein Beitrag, um den Kostensteigerungen entgegen zu wirken. Nach Ermessen von Herrn Pegel wäre es ohnehin besser, ein größeres Produkt zu haben, in welchem Maßnahmen aufgenommen werden können, die besonderen Ziele definieren. Herr Wille meint, es geht darum, einen bestimmten Ansatz im Budget zu erhöhen.

19.20 Uhr
Herr Dr. Flieger geht

Frau Thonack bringt die Tischvorlage der CDU „Weiterentwicklung des Systems der selbständigen Schulen“ (TOP 5.1.6.) ein.
Herr Petschaelis bemerkt hierzu, dass man dies bei den selbständigen Schulen so regeln könnte, sieht dabei aber Probleme. Herr Wille bemerkt, dass die Vereinbarungen, die es derzeit gibt, vertraglich nicht wirklich anwendbar sind. Frau Leddin bemerkt, dass Punkt 1 dieser BS-Vorlage nicht richtig zu verstehen sei. Wie kann man bei einem Sondervertrag, den die Schulen mit dem Immobilienverwaltungsamt abgeschlossen haben, Einsparungen erwarten?
Herr Pegel bemerkt, dass die vorliegende Beschlussvorlage mit dem Haushalt nichts zu tun hat. Stattdessen sollte geprüft und geklärt werden, ob Punkt 1 in der BS-Vorlage den Vorstellungen der Schulen entspricht, schließlich birgt das hier Formulierte ein gewisses Risiko.
Herr Wille bemerkt, dass es seinerzeit als Anregung formuliert worden ist, dies vom Haushalt abzukoppeln. Nach Ermessen von Herrn Burmeister wäre es sinnvoll, die BS-Vorlage vom Haushalt abzulösen. Für ihn stellt es keinen Anreiz dar, einen Hausmeister „abzugeben“, um Ersparnisse zu erzielen. Herr Wille meint hierzu, wenn in den Schulen zu wenig geplant wurde für die interne Leistungsverrechnung (Hausmeister), dann ließe sich dies darüber decken.
Frau Leddin bemerkt, dass sie diesem Antrag – aufgrund der fehlenden Substanz – nicht zustimmen kann. Wenn Steuerungsinstrumente kommen, auf die man keinen Einfluss hat, dann kann man so etwas nicht gutheißen.
Von Herrn Multhauf wird der Vorschlag geäußert, der Tischvorlage nicht zu zustimmen. Herr Dembski meint hierzu, dass die Verwaltung den Auftrag an die Doppik anpassen möge. Man sollte auswerten, was bisher gelaufen ist, statt irgendwelche Prozentzahlen festzulegen (siehe Punkt 2).

Frau Thonack bringt die Tischvorlage der CDU „Anpassung Deckungsvermerke ab Erfordernisse der selbständigen Schule“ (TOP 5.1.7.) ein. Es geht darum, das Verfahren der Deckungsfähigkeit zu gewährleisten. Somit besteht die Möglichkeit der außerplanmäßigen Ausgaben bei Schulen.
Herr Burmeister bemerkt, dass im Unterschied zu der bisherigen Regelung die Kosten für Wärme, Strom und Wasser nun im Deckungsring enthalten wären. Es widerspricht indes dem Grundsatz selbständiger Schulen, wenn ein neuer Deckungsring geschaffen werden würde, um die Mittel hin und her zu schieben.
Herr Dembski meint hierzu, dass das Haushaltsrecht und das Budgetrecht für selbständige Schulen unterschieden werden müsse. Man nähme den Schulen nichts weg, wenn man auf einen Deckungsring zugreift. Damit würden das Budget einer anderen Schule und die Schule nicht verändert bzw. einer anderen Schule würde nichts „weggenommen“.
Herr Wille meint hierzu, dass die Systematik der Deckungsfähigkeit dem

§ 9 der Haushaltssatzung entnommen werden kann. Bestimmte Konnten innerhalb der Produkte bilden über den gesamten Haushalt einen Deckungskreis. Die Deckungsfähigkeit der Heizkosten wäre beispielsweise über den gesamten Haushalt gegeben. Einsparungen z.B. bei den Auszahlungen in bestimmten Konten außerhalb der Deckungskreise stünden durchaus für Mehrauszahlungen in anderen Konnten oder bzw. einer Investition zur Verfügung.
Herr Burmeister bemerkt, dass es wichtig sei, dass Schulen planen können. Nur weil eine Schule gespart hat, kann eine andere Schule nicht zusätzlich etwas dazu bekommen.

Die Tischvorlagen werden an die Bürgerschaft verwiesen. Keine Abstimmung!

Frau Hauswald stellt den Haushalt 2012 und die Investitionen im Teilhaushalt 9 vor. Herr Pegel fragt nach den geplanten Investitionen und was sich genau dahinter verbirgt.
Herr Sappelt erläutert die von ihm ausgereichte Excel-Tabelle zum Haushalt des Kulturamtes. Er erläutert die Produktnamen und was sich dahinter verbirgt. Herr Multhauf fragt nach der Bestuhlung für den Veranstaltungssaal der Musikschule, welche ursprünglich gleichermaßen für die Investitionsliste angemeldet worden war. Die Finanzierung der Bestuhlung war im vorgegebenen Finanzrahmen nicht möglich und ist daher im Verwaltungsvorschlag nicht berücksichtigt worden.

<u>19.50 Uhr</u>
Frau Frieler geht

Frau Thonack bringt die Tischvorlage zur „Aufstockung des Produktes 261001 (Theaterhaus Greifswald)“ (TOP 5.1.1.) ein.
Herr Multhauf meint zu der Vorlage, dass er keine einzige Einrichtung in der Stadt kennen würde, die bemerkt, dass sie Geld benötigen würde, ohne aber zu begründen, wofür sie das Geld braucht und woher das benötigte Geld kommen soll. Frau Dr. Fassbinder schließt sich dieser Meinung an. Herr Pegel gleichermaßen.
Frau Thonack stellt zu dieser Tischvorlage den Antrag, dass der als Gast anwesende Herr Cymek dazu Stellung nehmen kann.
Dies wird mehrheitlich mit 6 Ja, 2 Nein und 1 Enthaltung angenommen.
Herr Cymek erläutert, dass es um wichtige sicherheitsrelevante Reparaturen im Haus ginge, damit nicht so etwas passieren würde wie in HRO. Die Fluchtwege seien nicht ausreichend zur Sicherheit gewährleistet. Herr Dembski äußert sich diesbezüglich, dass er befremdet sei, dass solche Probleme nicht zu ihm als zuständigen Dezernenten durchdringen. Dennoch meint er, dass etwas gemacht werden sollte, gerade vor dem Hintergrund, dass 2015 das 100jährige Jubiläum des Theaterhauses anstehen würde. Herr Pegel meint, dass dies die Aufgabe der Verwaltung und der Geschäftsführung sei. Herr Wille erklärt, dass die Probleme in den letzten Jahren kontinuierlich angegangen wurden. Die Sockelsanierung war mit 80.000 Euro

eingeplant, allerdings ist sie aus der Liste gestrichen worden, weil bereits im vergangenen Jahr sehr viel Geld für Maßnahmen investiert worden ist.

Zu TOP: 5.1.2.

Inspizientenzentrale Theater Vorpommern

Frau Thonack bittet darum, dass Herr Cymek gleichermaßen die Vorlage einbringt.
Er erklärt zu dem Hintergrund, dass es in den letzten Jahren sehr viele technische Ausfälle auf der Anlage gab. Der 1. Abschnitt ist realisiert worden, ein weiterer Abschnitt müsste nun vorgenommen werden, damit es zu keinen weiteren Ausfällen käme.

Zu TOP: 5.1.3.

Definieren von Maßnahmen – 28102 (Sozio-kulturelles Zentrum „St. Spiritus“)

Frau Thonack bringt die Tischvorlage ein.
Herr Pegel fragt, ob es bereits ein Berichtssystem gibt. Frau Schöpf bemerkt hierzu, dass es bereits eine Statistik existiere. Allerdings ist ein vierteljährliches Berichtssystem, wie in der Vorlage gewünscht, nicht realisierbar, da es personell nicht machbar sei. Im Jahr 2010 haben 814 Veranstaltungen stattgefunden.
Hierauf bemerkt Frau Dr. Fassbinder, dass eine vierteljährliche Auflistung eher unüblich sei. Für sie sei es ausreichend, wenn eine Abrechnung für ein Jahr vorläge.
Herrn Dembski stellt sich die Frage, warum man das wissen möchte. Stellt sich den Antragstellern die Frage, dass im St. Spiritus Geld verschwendet wird? Den Kostendeckungsgrad könne man dem Haushalt entnehmen. Nach seinem Ermessen, sollte deutlich gemacht werden, was in der Tischvorlage mit „Buchungen“ gemeint sei.
Herr Multhauf stellt sich die Frage, warum man das St. Spiritus hinterfragt, wenn die Institution nur einen geringen Teil des Haushaltes ausmacht. Er lehne diese Tischvorlage ab.
Herr Sappelt bemerkt hierzu, dass die Doppik grundsätzlich mehr Transparenz auf Leistungsebene fordere. Sobald dafür die Vorraussetzung in der aktuellen Buchungssoftware gegeben sind, ergebe sich auch ein differenziertes internes Berichtswesen.

Zu TOP: 5.1.4.

Definieren von Maßnahmen – 28101 (Förderung von Einrichtungen/ Kulturförderung)

Da diese Vorlage an den Prüfauftrag anknüpft, wird einmütig unter den Ausschussmitgliedern abgestimmt, diese Tischvorlage zur Diskussion in die Fraktionen mitzunehmen.
Frau Dr. Fassbinder fragt, ob die 25.000 Euro dann jährlich in den Etat des Kulturamtes mit aufgenommen werden, oder bedeutet es, dass das Geld aus verschiedenen Positionen des Teilhaushaltes 9 (Kultur) „zusammengesammelt“ wird?

Herr Pegel fragt nach den Verstärkern, die die Musikschule seinerzeit für den Haushalt angemeldet hatten. Frau Wehrstedt nimmt dazu Stellung. Es handelt sich um 3 Aktivmonitore, die jedoch wieder aus dem Haushalt gestrichen worden sind. Sie dienen für den besonderen Unterricht des E-Gitarrenlehrers. Herr Pegel möchte prüfen lassen, ob diese doch noch in die Haushaltsplanung mit aufgenommen werden können, denn bei den GWGs sind diese auch nicht enthalten.
Herr Pegel fragt des weiteren Herrn Kiel nach dem Standort Goethestraße und inwieweit dort möglicherweise Probleme für das dort befindliche Endarchiv zu erwarten sei. Nicht, dass sich kurzfristig bei einer Umnutzung der Goethestraße Probleme für das Archiv ergeben. Herr Dembski meint hierzu, dass dies verwaltungsintern geklärt werden würde, was Herr Kiel bestätigt. Des Weiteren fragt Herr Pegel nach der Neuinvestition eines Readerprinters für das Archiv. Herr Kiel erläutert die Notwendigkeit.
Herr Wille erläutert noch einmal, warum die Erwägungen der Kämmerei in Sachen Verstärker für die Musikschule vorgenommen worden sind.
Herr Pegel fragt fernerhin nach den Regenproblemen, die es seinerzeit an der Hauptfassade des Gebäudes der Stadtbibliothek gab. Frau Spiecker bemerkt, dass diese inzwischen behoben worden sind.
Frau Heinrich fragt, wie die Prioritätenliste zustande gekommen sei. Herr Wille bemerkt hierzu, dass es seinerzeit eine Klausurtagung zum Haushaltsplan gab, welche im November des letzten Jahres stattgefunden habe. Auf die Bitte von Herrn Dr. Kerath hin, welche dieser Anfang des Jahres geäußert hatte, wurde die Liste überarbeitet, um deutlicher zu machen, welche Änderungen in der Prioritätenliste vorgenommen worden seien. Diese zeigt, welche Investitionen in diesem Jahr Priorität haben und was vorgenommen werden kann. Alles, was unter dem Balken steht, wird im Jahr 2012 nicht zu finanzieren sein.
Herr Pegel meint, dass frühere selbständige Unterabschnitte des Kulturhaushaltes (Koeppenhaus, Caspar David Friedrich-Zentrum) nun in einem Produkt zusammengefasst seien. Gebe es da Probleme, auch wenn es kein wesentliches Produkt sei? Herr Sappelt erläutert, dass diese Unterabschnitte jetzt als Leistungen dargestellt werden.
Die versammelten Ausschussmitglieder sind sich einig, dass eine Abstimmung zur Haushaltssatzung nicht möglich ist, da es zu viele Änderungen gab. Es wird indes ein Grundvotum abgegeben:
5 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen

20.45 Uhr
Frau Schöpf, Frau Spiecker, Frau Joost, Frau Wehrstedt, Herr Kiel, Herr Cymek und Herr Wille gehen

---

Zu TOP: 5.1.5. *Unterstützung Selbstständigkeit der Schulen*

Wurde, wie oben bereits erwähnt, in der TO-Abfolge der Tischvorlagen als Erste vorgezogen.

Zu TOP: 5.1.6. *Weiterentwicklung des Systems der selbstständigen Schulen*

Wurde, wie oben bereits erwähnt, in der TO-Abfolge der Tischvorlagen als Zweite vorgezogen

---

Zu TOP: 5.1.7. *Anpassung der Deckungsvermerke an die Erfordernisse der selbstständigen Schule*

Wurde, wie oben bereits erwähnt, in der TO-Abfolge der Tischvorlagen als Dritte vorgezogen

---

Zu TOP: 5.2. *2. Änderungssatzung zur „Satzung und Gebührentarif der Stadtbibliothek Hans Fallada“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald*

Siehe vorherige Diskussion und wie in der Abstimmung zur TO festgehalten.

Zu TOP: 6. *Information der Verwaltung*

Herr Dembski trägt auf die schriftliche Anfrage von Frau Leddin die Planung der Ämter sowie das der Verwaltung für das Jahr 2012 vor.

<u>20.46 Uhr</u>
Herr Sappelt geht

Frau Leddin bemerkt, dass sich ihre Anfrage auf die Fortführung der Arbeitsgruppen zum Leitbild bezog.
Herr Dembski führt weiter fort, dass die Vermögensauseinandersetzung mit dem Landkreis in Bezug auf die Schulen weiterhin verhandelt werde. Dabei ginge es auch um die Turnhalle in der Feldstraße. Des Weiteren bemerkt er, dass die Schulentwicklungsplanung vom Landkreis vorgenommen werden müsse. Die Zusammenarbeit auf der Schulverwaltungsebene laufe gut. Für das Projekt „Lernen vor Ort“ haben die Landkreise Uecker-Randow und OVP einen Zuschlag erhalten. Es wird angestrebt, den Stadtschülerrat in den Kreisschülerrat einzubinden. Die frühkindliche Bildung sei wichtig, weshalb die Vernetzung mit der Schule vorangetrieben werden muss. Die Stadt ist nicht mehr Träger der Jugendhilfe. Im Bereich der KiTas gebe es Probleme in der Personalverwaltung. Seit der Kreisgebietsreform habe das Dezernat eine neue Struktur, einige Ämter sind zusammengeführt worden. Hier müsse geschaut werden, wie das zukünftig gehandhabt werden soll. Die Arbeitsgruppen des Stadtmarketings sind noch nicht abgeschafft worden. Man muss schauen, wie man sich neu aufstellt, vor allem im Bereich Gesundheit, weil es in der Stadtverwaltung kein Gesundheitsamt mehr gebe. Die Stadt ist nun auch nicht mehr Träger des Jobcenters.

Ein wichtiger Bereich sei jedoch weiterhin die Kultur, die zukünftig noch wichtiger werden würde.
Herr Pegel fragt, ob die Bürger zukünftig mehr in die Leitbild-Arbeitsgruppen einzogen werden sollen.
Herr Dembski setzt auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Universität. Auch Caspar David Friedrich soll zukünftig eine größere Rolle spielen. Die von Frau Leddin erwähnten Arbeitsgruppen müssten in ihrer Zusammenarbeit neu konstituiert werden. Dies solle dann aber eher projektbezogen stattfinden.
Herr Pegel leitet kurz über zu der am Anfang der Sitzung angeregten Beschlusskontrolle. Hierbei geht es vornehmlich um

- den Stand der Verhandlungen mit dem Landkreis in Bezug auf die Schulen

Fernerhin fragt er welche thematischen Schwerpunkte das Kulturamt in diesem Jahr haben wird und ob es ausführlichere Informationen zu der Veranstaltung „Kultur und Wirtschaft im Dialog“ gebe.
Herr Dembski berichtet, dass das nächste Treffen mit Herrn Gutgesell vom Landkreis in einer Woche stattfinden werde. Dann müsse man allerdings schauen, ob der Vorschlag akzeptiert wird oder ob es Alternativvorschläge geben muss und man sich im Nachtrag einigen müsse.
Des Weiteren gibt er bekannt, dass die UG des Theaters Vorpommern mit der Vorpommerschen Landesbühne anerkannt worden sei. Von den 700.000 Euro FAG-Mitteln würde ein Teil Anklam zuerkannt. Der Anteil, der Greifswald zugesprochen worden ist, soll als Ausgleich für jene Mitarbeiter genommen werden, die seit langem einen finanziellen Verzicht in Kauf nehmen mussten. Bis zum Abschluss eines neuen Haustarifs 2015 soll somit Sicherheit gewährt werden.
Der Staatssekretär war in Greifswald und hat Gespräche mit der Verwaltung wie auch mit dem Theater geführt. Bis zum Jahr 2020 würde dem Theater das Geld in gleicher Höhe garantiert, allerdings wird es bis dahin auch keine Dynamisierung geben. Letztlich stellt dies aber ein Problem war, das man wie eine Bugwelle vor sich her schöbe. Die Verwaltung ist der Meinung, dass der Theatererlass falsch sei.
Herr Dembski informiert, dass am 8. Februar in der Stadtbibliothek die Computerspielschule eröffnet werden würde.
Frau Hauswald informiert zu dem bevorstehenden Treffen mit dem Szczeciner Kulturausschuss. Sie bittet um rege Teilnahme sowie um Ideen für mögliche Kooperationen.
Des Weiteren informiert sie zu der bevorstehenden Tagung des Stadtmarketings zum Thema „Wirtschaft und Kultur im Dialog“, welche am 26. Januar im St. Spiritus stattfinden soll. In diesem Zusammenhang wird gleichermaßen von dem damit in Zusammenhang stehenden Projekt „Business Culture Partnership“ berichtet, das bei Frau Dahms (Internationale Kontakte) angesiedelt ist, und dazu anregen möchte, in Zeiten rückläufiger Fördermittel, Wirtschaft und Kultur so zusammen zu bringen, dass lang währende (Kultur-)Patenschaften entstehen.
Begleitet wird dieses Projekt von der Abteilung Wirtschaft & Tourismus und vom Kulturamt.
Ebenso berichtet Frau Hauswald von der „Erfassung“, der sich im Besitz

der UHGW befindlichen Gedenksteine, die in 3 Etappen gemeinsam von Frau Ewald, Frau Hauswald, Herrn Kroll und Herrn Multhauf „abgefahren“ worden sind. Hinsichtlich des Paepke-Gedenksteins berichtet Frau Hauswald von der Anregung, diesen an den originären Standort, den heutigen Busbahnhof, zu versetzen. Derzeit befindet sich dieser auf dem Gelände des Konsistoriums der Pommerschen Evangelischen Kirche.
Fernerhin wird berichtet, dass das Kulturamt Frau Jastram in Kneese besucht hat, um die 3 restlichen Jastram-Figuren zu sichten und gemeinsam mit Frau Jastram den Rücktransport der Figuren zu organisieren.
In Bezug auf das Bürgerforum zu CDF berichtet Frau Hauswald, dass aufgrund der Presseinformation im Nachgang an das Bürgerforum 4 Anregungen beim Kulturamt eingegangen sind. Diesbezüglich wird auch erwähnt, dass langfristig angestrebt werden soll, den CDF-Bildweg in das Umland „auszuweiten“ und Akteure außerhalb Greifswalds mit einzubeziehen. Derzeit gibt es Gespräche mit der Stadt NB, in denen eruiert werden soll, inwieweit der Bildweg nach NB ausgeweitet bzw. das Konzept in Neubrandenburg umgesetzt werden kann.
Ebenso berichtet Frau Hauswald von einem geplanten Internet- und Veranstaltungskalender (welcher monatlich erscheinen soll), den das Kulturamt gemeinsam mit der Pressestelle plant. Ziel ist, nicht nur die Greifswalder Bürger und Besucher unserer Stadt über die vielfältigen Kulturaktivitäten in Greifswald zu informieren, sondern gleichermaßen mit diesem Medium die Möglichkeit einer langfristigen Planung und Koordination unter den Veranstaltern zu erwirken.
Abschließend informiert Frau Hauswald über die Veranstaltung anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar im Pommerschen Landesmuseum. Dort wird unter anderem der Leiter des Greifswalder Stadtarchivs, Herr Kiel, zum Thema Zwangsarbeit in Greifswald und in der Region referieren.

Zu TOP: 7. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Multhauf schlägt vor, einen Jahresplan für die Inhalte des Ausschusses festzulegen und zu erarbeiten. Des Weiteren fragt er an, wann der nächste Ausschuss in der EMAU stattfinden wird und wann der nächste BiKA im Dom stattfinden wird.
Fernerhin bittet er Herrn Dembski um Informationen zum derzeitigen Verhandlungsstand bei der Rückholung der Schulen und bei der Instandsetzung der Greifschule.
Beim nächsten Ausschuss möchte Herr Multhauf ebenso etwas mehr Informationen zu Johann Carl Gottfried Paepke präsentieren.
Herr Pegel fragt Herrn Schult, ob die Toiletten, die bislang nur einmal täglich gereinigt werden und am Nachmittag nicht mehr sehr hygienisch seien, auch am Nachmittag noch einmal gereinigt werden könnten. Herr Schult meint hierzu, dass geteilte Dienste durchaus möglich wären. Herr Burmeister bekräftigt, dass dies vonnöten wäre, gerade bei Schulen, an denen mehr als 500 Schüler unterrichtet würden. Leider gebe es für

diesen Bereich keine MAE-Kräfte mehr und mit mehr Reinigungspersonal ist leider auch nicht zu rechnen.

Frau Witt weist abschließend darauf hin, dass am 22. Februar 2012 das Medienkonzept des LK in der Berufschule (Siemensallee) vorgestellt werden wird.
Frau Leddin informiert über eine Publikation zu Deutsch als Zweitsprache, in welcher auch Greifswalder Schulen vorgestellt werden.

Zu TOP: 8. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Keine.

Zu TOP: 9. Bestätigung des Protokolls vom 23.11.2011

Die Beschlusskontrolle wird unter TOP 4a abgehandelt.

Zu TOP: 10. Schluss der Sitzung

Herr Pegel bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 21.30 Uhr

---

Christian Pegel
Ausschussvorsitzender

Anett Hauswald
für das Protokoll